

M i t t e i l u n g e n

- Oktober 1982 -

Diese Nummer gibt ausschließlich die Beiträge des SOFI zum 21. Deutschen Soziologentag vom 13. - 16. Oktober in Bamberg wieder.

Inhalt:	Seite:	—
Hans Paul Bahrdt Arbeit als Inhalt des Lebens ("... denn es fährt schnell dahin ...")	1	
Martin Baethge Wandel betrieblicher Strukturen von Angestelltentätigkeiten	34	
Horst Kern/Michael Schumann Arbeit und Sozialcharakter: alte und neue Konturen	58	
Wolfgang Pelull/Ulrich Voskamp Vorstellung des Projekts "Jugend und Krise"	82	
Edgar Einemann (Universität Bremen) Klaus Peter Wittemann Bericht und Thesen zur "Werftstudie" über Krisenerfahrung und Krisenbewußtsein	95	

Edgar Einemann (Universität Bremen)

Klaus Peter Wittemann

BERICHT UND THESEN ZUR "WERFTSTUDIE" ÜBER KRISENERFAHRUNG
=====

UND KRISENBEWUSSTSEIN¹⁾
=====

Beitrag für die ad-hoc-Gruppe "Wirtschaftskrise und Bewußtseinsentwicklung"

1. Noch vor zehn Jahren ging es bei der Diskussion um das Arbeiterbewußtsein aus marxistischer Sicht darum, das offenkundig wenig klassenbewußte Denken der Arbeiter auf der Basis des weiterhin fortbestehenden Kapitalismus und der Klassengesellschaft zu erklären und zugleich die Bedingungen und Vermittlungsformen für Bewußtseinsveränderungen anzugeben, die die Entwicklung von der Klasse an sich zur Klasse für sich einleiten würden. Durchaus unterschiedliche Ansätze kamen zu dem Ergebnis, daß die widersprüchliche Bestimmung von Arbeiterbewußtsein durch eine langandauernde Prosperität in der Bundesrepublik Deutschland in der Weise geprägt war, daß die weiterhin bestehende und auch registrierte "Despotie des Kapitals" in den Hintergrund trat. Eine Veränderung des wenig revolutionären Bewußtseins der Arbeiter konnte aus dieser Sicht nur eintreten, wenn sich die inneren Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft in Krisen zuspitzen würden. Abgesehen von theoretischen Einwänden sprach vor allem die faktische ökonomische Entwicklung und die damit verbundene deutliche Verbesserung des Lebensniveaus der Lohnabhängigen gegen diese Position.

1) Der Beitrag stützt sich auf den Krisenteil der Untersuchung von Michael Schumann, Edgar Einemann, Christa Siebel-Rebell, Klaus Peter Wittemann: Rationalisierung, Krise, Arbeiter. Eine empirische Untersuchung der Industrialisierung auf der Werft. Frankfurt 1982 (vgl. dazu die Kurzdarstellung in SOFI-Mitteilungen Nr. 5, Göttingen 1981). Darüber hinaus werden erste Überlegungen zu einer weiterführenden Krisenstudie vorgetragen.

Immerhin, in dieser Klemme steckt die Diskussion um das Arbeiterbewußtsein heute nicht mehr: Daß der Kapitalismus krisenhaft ist, ist inzwischen ebenso unbestritten wie die Tatsache, daß die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse nicht weiter ausgebaut werden können, sondern gefährdet und z.T. bereits schon wieder verloren sind. Mit dieser Entwicklung ist nicht nur die Frage nach der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus so eindeutig beantwortet, daß heute niemand mehr seine Krisenfreiheit behauptet haben will - zugleich hat die Frage nach den Auswirkungen der Krise auf das Arbeiterbewußtsein ihren hypothetischen Charakter verloren und ist von daher empirisch angebar geworden.

2. Beim Versuch, die Krise als "Bewegungsfaktor" des Bewußtseins empirisch einzuholen, reproduzierten sich zunächst einmal alle vorher ungelösten Probleme der theoretischen Fassung von Arbeiterbewußtsein. Was sich für eine empirische Argumentation als ebenso großes Problem erwies, war der Umstand, daß keine umfassenden Untersuchungen des "Vorkrisen-Bewußtseins" vorlagen, so daß es schwierig war, die zu erklärenden Veränderungen empirisch präzise zu fassen (was die Frage nach der Entwicklungsrichtung des Bewußtseins schnell von der Empirie weg hin zur - unzulänglichen - Theorie verschiebt).

Über diese Schwierigkeiten hinaus ergab sich für Untersuchungen des Krisenbewußtseins die zentrale Irritation daraus, daß die letztlich doch erwartete Stärkung des Klassenbewußtseins durch die Krise nicht augenfällig eintrat; vielmehr konnte man eine Stagnation oder gar eine Rückentwicklung (Anfälligkeit für nationalistische Parolen, Korporatismus) beobachten, wenn man sich an das politisch manifeste Verhalten der Arbeiter und ihrer Organisationen hielt. Bestand vorher die "Klemme" darin, daß die Krise, die das Bewußtsein befördern sollte,

nicht absehbar war, so stellte sich nach Eintritt der Krise die Klemme nun anders: Die erwartete Wirkung der Krise auf das Bewußtsein trat nicht ein oder konnte nicht aufgedeckt werden.

3. Von daher erschien es uns 1976 bei der Konzeptionierung der Werftstudie sinnvoll, an das Hauptthema Rationalisierung-Arbeitsbewußtsein eine Bestandsaufnahme dessen anzuschließen, was Arbeiter über "die Krise" denken. Angesichts des Standes der Diskussion um das Arbeiterbewußtsein erschien uns auch die eingeschränkte Absicht, einige empirische Materialien zum Zusammenhang von realer Krisenbetroffenheit und ihrer subjektiven Verarbeitung beizutragen, vertretbar.

Im Rahmen unserer Untersuchung führten wir Ende 1977/Anfang 1978 Intensivinterviews mit 119 Werftarbeitern aus zwei Großbetrieben durch. Wir haben mit den nach dem Kriterium der Rationalisierungsbetroffenheit ausgewählten Teilkollektiven von Schiffbauern, Rohrschlossern und Schweißern ausführliche thematisch strukturierte Gespräche geführt und diese qualitativ unter bestimmten Fragestellungen mit dem Ziel einer Gruppenbildung ausgewertet. Der Verzicht auf die Methode der standardisierten Befragung und auf Vorgaben (die gerade bei wenig reflektierten Fragekomplexen von den Befragten gerne aufgegriffen werden und dabei zu völlig verzerrten Resultaten führen) sowie auf Vorab-Typisierungen, mit denen das reale Denken weniger erfaßt als vielmehr subsumiert wird, hat unserer Auffassung nach eine differenzierte Analyse eines Ausschnitts des komplexen Arbeiterdenkens ermöglicht.

Unsere Ergebnisse können u.E. weder Repräsentativität noch ungebrochene Gültigkeit beanspruchen: Wir haben nur einen spezifischen Bereich von Lohnarbeitern erreicht, und deren Situation war vor fünf Jahren durch eine sich zuspitzende Branchenkrise bei einer vergleichsweise noch stabilen Wirtschaftslage und einem weitgehend funktionsfähigen "sozialen Netz" gekennzeichnet. Trotz dieser Einschränkungen messen wir unseren Befunden mehr als einen nur historischen Wert zu. Wir meinen, daß die von uns analysierten Bewußtseinslagen auch heute noch das Denken der Arbeiter prägen und Entwicklungsrichtungen eröffnen oder blockieren.

Im folgenden werden wir versuchen, anhand der Befunde der Werftstudie zum Krisenbewußtsein zu zeigen, wie sich die Krise im Bewußtsein der Arbeiter niederschlägt.

4. Zunächst soll geklärt werden, wie die Arbeiter die Krise und ihre Folgen für die eigene Situation überhaupt wahrnehmen. Die Werftarbeiter sahen sich mit Entlassungen, z.T. erheblichen Einkommenseinbußen und Arbeitsverschlechterungen konfrontiert, ohne daß man eine Verbesserung dieser Situation erwartete. Entsprechend wurden die Lage der Werften als krisenhaft definiert und der eigene Arbeitsplatz durchgängig als gefährdet angesehen. Überraschenderweise hat diese Bedrohung aber keineswegs massive Ängste in bezug auf die eigene Existenz ausgelöst, obwohl auch die weitere Entwicklung im Schiffbau und in der Gesamtwirtschaft skeptisch beurteilt wurde. Diese reduzierte Dramatik bei der Krisenwahrnehmung und die Haltung des "Mit-der-Krise-leben-könnens" sind keineswegs als "Verdrängung" zu fassen, sondern diese Auffassungen haben durchaus materielle Hintergründe. Dies wird an drei Aspekten der Argumentation der Werftarbeiter deutlich:

a) Bei aller Krisenbetroffenheit (vor allem einzelner Branchen) wurde - durchaus realistisch - die gesamtwirtschaftliche Situation 1977/78 nicht als katastrophisch zugespitzt eingeschätzt. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der hohen Arbeitslosenzahlen ging man eher von einer intakten Ökonomie als von fortgeschrittener Zerrüttung aus: Es gab nach wie vor offene Stellen, und der Staat konnte noch etwas zur Stützung einzelner Betriebe und Branchen tun. Das eigene materielle Lebensniveau wurde trotz der Einbußen häufig durch die Aussage "es ist uns noch nie so gut gegangen wie heute" charakterisiert, und der Hinweis auf die hervorragende ökonomische Position der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich war keineswegs selten.

b) Die von der Gefährdung des Arbeitsplatzes ausgehende Bedrohung der eigenen Lebenssituation hielt sich in Grenzen. Einzelne Arbeiter hatten etwa alternative Stellenangebote, waren nicht ausschließlich auf ihr Arbeitseinkommen angewiesen (Hausbesitz mit Einnahmen aus Vermietung, Einkommen der Frau) oder konnten sich im "informellen Sektor" (Nebenerwerbslandwirtschaft, eigene Werkstatt, 'Schwarzarbeit') ausreichend reproduzieren; bis auf wenige ältere Arbeiter vertrauten nahezu alle darauf, in jedem Fall eine andere Arbeit wiederbekommen zu können und stützten sich dabei auf vielfältige Beispiele.

c) Auch in der - zumindest kurzfristig für möglich gehaltenen - Arbeitslosigkeit wurde keine existenzielle Bedrohung gesehen. Zwar übertrug man die von einer starken Minderheit artikulierte Überzeugung, den Arbeitslosen ginge es insgesamt zu gut, keineswegs auf die eigene Person; insgesamt wurde aber auf die Funktionsfähigkeit gesellschaftlicher Absicherungen vertraut.

5. Die reduzierte Dramatik bei der persönlichen Krisenbetroffenheit war keineswegs als Ausdruck von Illusionen in bezug auf die eigene abhängige Stellung zu verstehen, sondern ging vielmehr mit Einsichten in die eigene lohnabhängige Position und die sich daraus ergebenden strukturellen Probleme einher.

a) Die Werftarbeiter sahen durchgängig keine Chance, Einschränkungen bei den Löhnen und die Übernahme schlechterer Arbeiten abzulehnen. Oft wurde die erhöhte Anpassungs- und verringerte Widerstandsbereitschaft unmittelbar mit dem expliziten Hinweis auf die eigene Lohnabhängigkeit, auf den Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft begründet.

b) Die große Mehrheit der Werftarbeiter registrierte die klassenspezifische Verteilung der Krisenlasten sehr deutlich und drückte dies häufig mit dem Topoi "Es trifft immer den kleinen Mann" aus. Zu den besonders betroffenen "kleinen Leuten" wurde neben den Arbeitern meist auch die Mehrheit der Angestellten gerechnet, während man für "die Großen" anhand von Beispielen erläuterte, daß sie Krisen ohne großen Schaden oder sogar mit Gewinn überstehen.

c) Die Arbeiter sahen eine deutliche Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zu ihren eigenen Ungunsten, die der Vertretung von Arbeiterinteressen auch machtpolitische Grenzen setzte und z.B. spontane Streiks als aussichtslos erscheinen ließ. Selbst die Erfolgchancen gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe wurden skeptisch beurteilt, auch wenn man für den Erhalt der Reallöhne - an dieser Stelle fand die häufig angedeutete Verzichtsbereitschaft vieler Arbeiter ihre Grenze - selbst in der Krise durchaus Streikbereitschaft signalisierte.

6. Die sich bei der Betrachtung der Krisenfolgen andeutenden Einsichten in die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen setzten sich bei den Äußerungen zu den Krisenursachen in der Regel nicht fort. Dazu gab es bei den Werftarbeitern keine eindeutig strukturier-ten, konsistenten Vorstellungen. Dem offenkundigen Mangel an überzeugenden Krisenanalysen in der politischen Diskussion entsprach deutlich das Bewußtsein der Arbeiter.

Versucht man unter unserer Fragestellung die Vorstellungen zur Krisenerklärung zu ordnen, so zeichnen sich drei Auffassungen ab:

- a) Krise als gesellschaftlich-politisch nicht beeinflussbare und letztlich unabweisbare quasi-natürhafte Zwangsbewegung. Begriffspaare wie "Ebbe und Flut", "Glück und Pech", "fette und magere Jahre" stehen für den quasi-natürlichen Zwangscharakter von Krisen;
- b) Krise als Resultat spezifischer ökonomischer Konstellationen, d.h. mit ökonomischen Kategorien deutbar und tendenziell beeinflussbar - wobei sich die ökonomischen Kategorien und entsprechenden Maßnahmen in der Logik der Marktwirtschaft bewegen;
- c) schließlich eine Krisenerklärung, die explizit auf Kapitalinteressen rekurriert. Man sieht einen Zusammenhang zwischen dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Krise.

Es ist aber festzuhalten, daß diese Krisenerklärungen nicht einzelnen Arbeitern schlüssig zugeordnet werden können: Ein- und dieselbe Person bezieht sich oft auf mehrere dieser Argumentationen gleichermaßen.

7. Nach unseren Ergebnissen förderte die Krise bei den Werftarbeitern die Einsicht in die eigene lohnabhängige Stellung; bei der Benennung von Krisenursachen geriet zumindest in einer wichtigen Argumentationslinie das Kapital in den Blick. Wenn die Vermutung sich bestätigen soll, daß die Krise eine Entwicklung des widersprüchlichen Arbeiterbewußtseins zur Klasse für sich einleitet, müßte sich dieses schließlich in der Herausbildung antikapitalistischer Krisenlösungsperspektiven niederschlagen.

Die empirisch vorfindlichen Lösungsvorstellungen der Werftarbeiter waren 1978 jedoch durch eine große Offenheit gekennzeichnet und boten Ansatzpunkte für sehr unterschiedliche Interpretations- und Strategieansätze; insbesondere die spontane Neigung bzw. Zustimmung zu allen kurzfristig erfolgversprechenden Maßnahmen führte zu Widersprüchen und zur Aufnahme von Überlegungen aus gegensätzlichen Positionen und macht alle Versuche zu einer Typisierung von Krisenlösungsperspektiven problematisch. Trotz dieser Einschränkungen lassen sich drei unterschiedliche Richtungen von Lösungsvorstellungen ausmachen.

Etwa ein Drittel der Arbeiter bezog autoritär-nationalistische Vorstellungen in die Überlegungen zur Krisenlösung ein: Diese reichten von der Ausweisung der Ausländer über verstärkte Disziplinierungen und verschärften Protektionismus bis hin zu den Forderungen nach einer Einschränkung der Demokratie. Da diese Vorstellungen insgesamt ihre Basis im unmittelbaren Interesse an Arbeitsplätzen hatten, dürfte ihre Überwindung wesentlich davon abhängen, ob andere erfolgversprechende Lösungsansätze entwickelt werden können.

Die dominanten Vorstellungen zur Überwindung der Krise lassen sich als marktwirtschaftliche Lösungsansätze bezeichnen. Es wurden sowohl Aktivitäten zur Förderung der Konkurrenzfähigkeit des eigenen Unternehmens wie auch eine Beschäftigungspolitik durch vermehrte Staatsaufträge verlangt. Den Gewerkschaften wies man zwar die Sicherung der Arbeitsplätze als Hauptaufgabe zu, ohne daß ihnen allerdings damit ein eigenständiger Beitrag zur Einlösung dieser Forderung zugetraut wurde. Eine relevante Minderheit erwartete von den Gewerkschaften sogar eine Wirtschaftsförderung durch die Vergabe von Aufträgen und Krediten für notleidende Unternehmen ("Neue Heimat Schiffbau"). Die wesentliche Funktion gewerkschaftlicher Politik und von eigenem Handeln sah man darin, Druck auf den Staat auszuüben - der Staat erschien als "letzter Retter". Dabei wurde die Einschätzung, daß der Staat zur Regulierung der Probleme einer sehr kleinen Branche wie der Werften in der Lage ist, keineswegs verallgemeinert: Die von der Mehrheit klar gesehenen Grenzen staatlicher Möglichkeiten (er kann Krisen zwar lindern, aber nicht vermeiden) relativierten so die "Staatsfixierung". Jenseits der Perspektive, auf den Staat zur Erlangung seiner Hilfeleistung Druck auszuüben, wurde weniger in kämpferischen Aktionen gegen das Kapital und eher in dessen Stärkung ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung vermutet: Durch Streiks kommen keine Aufträge herein, Betriebsbesetzungen lösen keine Absatzprobleme, und Betriebsräte können bestenfalls bei der Auftragsbeschaffung helfen. Da sich das Interesse am Arbeitsplatz vor allem als Interesse an der Sicherung des "eigenen" Betriebes vermittelte, diskutierte man die Entlassungen von großen Teilen der Belegschaft häufig verständnisvoll und bezog den Erhalt der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens in die eigene

Disposition ein. Diese Perspektive wurde von vielen nicht einmal als Klassenkompromiß begriffen: Die involvierten Interessen erschienen als weitgehend harmonisierbar, auch wenn durchaus registriert wurde, daß einzelne Interessendimensionen dabei fühlbar verletzt wurden.

Tendenziell systemkritische Ansätze zur Krisenlösung wurden nur von einer Minderheit der Werftarbeiter vorgetragen. Soweit sie sich auf staatliches Handeln bezogen, forderten sie vor allem eine gezielte Einflußnahme auf die Entscheidungen der Unternehmen und höhere Unternehmensabgaben zur Finanzierung staatlicher Maßnahmen. Staatliche Auflagen sollten sicherstellen, daß die Subventionen auch tatsächlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. In der Forderung nach Verstaatlichung klang durchaus die Perspektive an, damit auch zur Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und Machtverhältnisse beizutragen. In systemkritische Richtung deuteten auch die in unterschiedlichen Zusammenhängen ergänzend artikulierten Vorstellungen von einer offensiven Gewerkschaftspolitik. Genannt wurden Arbeitszeitverkürzung und Belastungsabbau (letztlich durch bessere Personalausstattung). Diese Vorschläge verdichteten sich aber in der Regel nicht zu einem geschlossenen und hart durchzusetzenden Lösungskonzept.

Insgesamt zeigen unsere Befunde zu den Vorstellungen von Krisenlösungen, daß die durch die Krise verstärkten Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht so ausgeprägt sind, daß sich aus ihnen auch nur mehrheitlich eine antikapitalistische Lösungsperspektive ergeben würde; die Vorstellungen der Arbeiter zur Überwindung der Werftkrise bewegten sich fast durchweg im Rahmen des gesellschaftlichen Status quo.

8. Wir haben unsere Befunde unter der Formel "Krise ohne Schrecken" zusammengefaßt und damit eine wichtige Komponente zur Erklärung des vorgefundenen Bewußtseins angedeutet. Danach läßt sich dieses Ergebnis für die Jahre 1977/78 als Resultat einer "doppelten Abfederung" fassen: Die ökonomische Krise schlägt nur begrenzt auf die Lebenslage der weiterhin Beschäftigten durch, und die veränderte Situation läßt sich noch in den bisherigen Bewußtseinsformen interpretieren. Damit sind zugleich zwei Faktoren benannt, denen für die Rezeption der gegenwärtigen ökonomischen Situation möglicherweise eine veränderte Bedeutung zukommt. Was bei den Werftarbeitern für die Interpretation der Branchenkrise im Schiffbau noch die Bedingungen für eine "gelassene" Krisenwahrnehmung bildete, könnte nun gerade das Krisenbewußtsein radikalisisieren: Nun beginnt das politisch-ökonomische System insgesamt Krisenwirkungen zu zeigen, die eine mehr kollektive Betroffenheit unterstreichen; zugleich dürfte sich eine Diskrepanz zwischen den alten Bewußtseinsformen und der neuen gesellschaftlichen Realität der Arbeiter verbreitern oder auf tun, d.h. geronnene Interpretationen werden an eine zunehmend stärker veränderte soziale Wirklichkeit herangetragen und können so leichter als obsolet erfahren werden. Danach wären die der Krise zugeschriebenen Veränderungen im Arbeiterbewußtsein in unserer Studie noch nicht erfaßt.

Vor diesem Hintergrund ist zu vermuten, daß die festgestellte Rezeption der Krise als "Krise ohne Schrecken" an spezifische Bedingungen geknüpft ist, die beim weiteren absehbaren Gang der ökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland keinen Bestand mehr haben werden.

9. An das, was oben die "doppelte Abfederung" genannt worden ist, knüpfen die folgenden Überlegungen zur Anlage einer neuen Untersuchung zum Krisenbewußtsein an.¹⁾

In der Debatte um das Arbeiterbewußtsein in der ersten Hälfte der 70er Jahre ist der Industriesoziologie, die für die empirische Seite des Arbeiterbewußtseins "zuständig" ist, u.E zu recht vorgeworfen worden, das gesellschaftliche Sein der Arbeiter auf die unmittelbare Arbeitssituation zu verkürzen, so die gesellschaftliche Bestimmtheit auszublenden und sich damit den Zugang zur Bewußtseinsanalyse zu verstellen.

Die dagegen formulierte Position, den Zugang zum empirischen Arbeiterbewußtsein durch eine systematische Analyse des Kapitalverhältnisses zu finden, sich also an die ökonomischen Formbestimmungen zu halten, greift ebenfalls - auch nach Auffassung der Verfechter dieses Ansatzes - noch zu kurz. Damit ist keineswegs gesagt, daß die bisherige marxistische Diskussion um Bewußtseinsformen obsolet wäre - es spricht vielmehr einiges dafür, diese Diskussion wieder aufzunehmen; dabei ist jedoch klar herauszuarbeiten, daß sie - wie die Industriesoziologie - nur einen bestimmten Ausschnitt von Arbeiterexistenz erfaßt und von daher vom Ansatz her nicht in der Lage ist, reale Bewußtseinsformen der Individuen umfassend aufzuschlüsseln, da deren Bewußtsein stets auch aus den

1) Wir beziehen uns hierbei auf Sebastian Herkommer: Arbeit und Nichtarbeit. In: Sonderheft Industriesoziologie der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, und auf J. Bischoff/K. Maldaner: Kultur und Ideologie, Hamburg 1980 und 1982.

Bereichen gespeist wird, die sich mit den ökonomischen Formbestimmungen als Bewußtseinsformen nicht erfassen lassen.

Positiv gesagt: Der Lohnarbeiter ist eben nicht nur Charaktermaske/Personifikation ökonomischer Kategorien, sondern auch persönliches Individuum. Die Unterscheidung zwischen Klassenindividuum und persönlichem Individuum ist zwar bereits im Verhältnis des Lohnarbeiters zum Kapital gesetzt, findet hier aber nicht ihre volle Entfaltung.

Daraus ergibt sich erst einmal die Notwendigkeit, die sozialen Verhältnisse außerhalb der Produktion zu erfassen, um dann die diesen Bereichen entsprechenden Bewußtseinsformen aufzuarbeiten. Wenn auch einzuräumen ist, daß der Bereich der Nichtarbeit als nicht unmittelbar durch das Kapitalverhältnis strukturierte Sphäre der Existenz der Lohnarbeiter gerade von marxistischen Positionen lange zu gering geschätzt worden ist, so wäre es doch problematisch, nun Arbeit und Nichtarbeit gleichrangig nebeneinander zu stellen. Dies gilt auch für den Versuch, die Vorstellung von der Arbeit als dem bloßen Mittel zum Leben zum Leitfaden weiterer Untersuchungen zu machen. Dem Arbeiter mag zwar sein Leben als Resultat seiner selbstbestimmten Individualität erscheinen, während ihm seine gesellschaftliche Bestimmtheit äußerlich bleibt und als die "natürliche" Form der Produktion gegenübertritt. Diese Vorstellung beruht selbst noch einmal auf der spezifischen Verfassung des materiellen Reproduktionsprozesses und bedeutet eine Umkehrung des realen Verhältnisses von Arbeit

und Nichtarbeit. Demgegenüber muß die wissenschaftliche Analyse am gesellschaftlich gesetzten Zusammenhang der Lebensbereiche festhalten.

Für weitere Untersuchungen zum Krisenbewußtsein wird es nötig sein, zunächst einmal die Gesamtheit oder doch wenigstens einen größeren Ausschnitt der Lebensbereiche des Arbeiters einzubeziehen. Für die Nichtarbeit wäre die materielle Basis dieser Sphäre aufzunehmen. Dabei ist klar, daß der bloße Arbeitslohn nicht die einzige Revenuequelle darstellt. Zu nennen sind hier staatliche Tranfereinkommen, Einkünfte aus Vermögen oder anderer Erwerbstätigkeit, der soziale Konsum und Einkommensbestandteile nicht monetärer Art. Weiterhin sind wichtige Bereiche der Nichtarbeit nach ihrer quantitativen Bedeutung (Zeit-Budget), nach ihrer Kostenträchtigkeit und danach zu untersuchen, welche realen Chancen zur Entfaltung der Individualität dort jeweils gesetzt sind.

Auf dieser Grundlage wäre dann - neben der Untersuchung der Veränderungen in der Sphäre der Arbeit - zu analysieren, welche Auswirkungen die Krise auf die materielle Basis des Nicht-Arbeitsbereiches hat, um anschließend zu klären, ob sich (oder wie sich) Einschränkungen der materiellen Basis der unterschiedlichen Bereiche der Nicht-Arbeit geltend machen. Es müßte versucht werden nachzuzeichnen, wie sich Verschiebungen in der Ökonomie auf die jeweiligen abgeleiteten Lebensbereiche auswirken und das zugespitzt unter der Frage, ob es dadurch zu einer realen Einschränkung der Entfaltungsmöglichkeiten des Individuums kommt.

Für die Bewußtseinsfragestellung wären in Ergänzung zu den Überlegungen zur Untersuchung der Momente, die aus dem Arbeitsbereich entspringen, erst einmal die Bewußtseinsformen zu entwickeln, die sich aus dem Nicht-Arbeitsbereich ergeben. Zumindest für entwickelte Gesellschaften wie die der BRD ist davon auszugehen, daß es der Arbeiterbewegung gelungen ist, doch einiges zu erreichen, was eine Erfaltung des Individuums im Nicht-Arbeitsbereich ermöglicht. Unter dieser Bedingung sind die Bewußtseinsformen des Nicht-Arbeitsbereiches als Verstärkung der bereits durch ihre Stellung im Produktionsprozeß gesetzten Vorstellungen von Freiheit, Gleichheit, Selbstverwirklichung etc. zu interpretieren. Die andere Seite der im Produktionsprozeß angelegten Bewußtseinsformen, die Zwang, Ungleichheit und Fremdbestimmung betonen, werden dann in ihrer Bedeutung herabgesetzt. Wenn geklärt ist, wie sich die Krise auf die Lage des Arbeiters als Lohnarbeiter und auf die Entfaltungsspielräume der Individualität im Nicht-Arbeitsbereich auswirkt, kann dann gefragt werden, ob diese Veränderungen die bisherigen Bewußtseinsformen in Frage stellen.

Mit dieser vorgeschlagenen Erweiterung des Gegenstandes von Untersuchungen zum Krisenbewußtsein ist keineswegs beabsichtigt, die Vorstellung einer direkten Umsetzung von realer Entwicklung in die Wahrnehmung nunmehr in einer komplexeren Fassung wiederzubeleben. Wir wollen daher noch auf ein weiteres Moment hinweisen, das u.E. für die Interpretation von empirischem Krisenbewußtsein von Bedeutung ist: Das einmal entwickelte Bewußtsein gewinnt eine beachtliche Stabilität und ändert sich nicht im Gleichtakt mit der Basis, auf der es ursprünglich entstanden ist. So ist

es durchaus möglich, daß unterschiedliche Situationen mit den gleichen Denkstrukturen wahrgenommen werden, ohne daß diese gleich gesprengt werden. Man sollte deshalb die Tatsache, daß in der Krise lange keine großen Brüche im Bewußtsein deutlich geworden sind, nicht dahingehend interpretieren, daß die Individuen die Veränderungen im gesellschaftlichen Bereich überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist nicht nur von einer gewissen Stabilität einer vorhandenen Bewußtseinsform auszugehen, sondern auch von einer gewissen Elastizität, d.h. von der Fähigkeit, unterschiedliche Situationen zu interpretieren. Von daher müssen sich ökonomische Krisen nicht notwendig in einer Einsicht über die soziale Abhängigkeit und den gesellschaftlich bestimmten Charakter der Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse des Reproduktionsprozesses niederschlagen.

Gerade die relative Autonomie des Überbaus und die damit gesetzte relative Verselbständigung der entsprechenden Bewußtseinsformen sowie ihre Elastizität, veränderte Bedingungen noch zu interpretieren, sind durchaus ein Argumentationsstrang zur Erklärung bisheriger Krisenrezeptionen. Der zweite, genauso wichtige besteht aber darin, aufzuzeigen, in welchem Maße denn die Krise bisher die objektiven Verhältnisse in der Produktion und im Überbau überhaupt verändert hat. Die Zählebigkeit von Bewußtseinsformen aus der Hochkonjunktur ist möglicherweise auch damit zu erklären, daß sich deren materielle Basis lange gar nicht so dramatisch verändert hatte, wie es ökonomische Kennziffern vielleicht vermuten ließen.

10. Unserer Auffassung nach haben Analysen von Arbeiterbewußtsein letztlich nur einen Sinn aus einer politischen Perspektive heraus. In dieser Hinsicht läßt sich aus unseren

Befunden trotz aller Einschränkungen doch ein Ergebnis festhalten: Die Zersetzung des Wirtschaftswunderbewußtseins vollzieht sich nicht so, daß schnell eine antikapitalistische Grundströmung als strukturierendes Moment im Arbeiterbewußtsein entsteht. Dennoch: Selbst in den differenzierten und widersprüchlichen Vorstellungen der Werftarbeiter zur Krisenlösung ließen sich Momente ausmachen, an die eine offensive gewerkschaftliche Politik etwa zur Arbeitsplatzsicherung anknüpfen könnte. Die Verbreitung von bei den Arbeitern erst schwach entwickelten Perspektiven wie der Arbeitszeitverkürzung, der gezielten staatlichen Investitionsprogramme und der Vergesellschaftung setzt voraus, daß diese Überlegungen präzisiert und in eine angehbare politische Gesamtkonzeption umgesetzt werden. Elementare Bedingung dafür ist eine Zusammenfassung und Vertiefung der beginnenden Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften. Dieser notwendige Prozeß kann durch Experten zwar unterstützt, jedoch nicht durch Debatten unter den "zuständigen Spezialisten" ersetzt werden.